

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **19.06.2012**, 17:00 Uhr - 18:35 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Olaf Dreßen , Christian Moll , Jürgen Ohm , Hans-Christoph Vogelberg , Helga Welker , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Ralf Hubert , Elke Leiendecker , Kurt Pölling , Friedhelm Schade

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Christoph Kattentidt , Heribert Klas

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Daniela Kreuz

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Thomas Braun (zu TOP 4), Rita Feldmann (zu TOP 4), Wolfgang Heuer , Christiane Köhling , Jochen Lüken , Michael Milde (zu TOP 2 und 3), Andreas Pott (zu TOP 2 und 3), Gerhard Rüller (zu TOP 2 und 3), Martin Schulze-Werner

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Georg Berding , Wolfhard Ediger , Gerhard Joks , Thomas Marquardt , Fritz Pfau , Werner Quante , Dr. Rita Stein-Redent , Ahmet Yesilyaprak

Tagesordnung

- | | | |
|-----------------------------|-----|--|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0923/2011/1</u>
III | 2. | Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms |
| <u>V/0924/2011/1</u>
III | 3. | Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms |
| <u>V/0434/2012</u>
IV | 4. | Städtische Bühnen Münster- Übernahme des Tarifabschlusses 2012 |
| <u>V/0405/2012</u>
V | 5. | Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut |
| <u>V/0418/2012</u>
I | 6. | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, anlässlich der Veranstaltung "Schauraum" am 02.09.2012 |
| <u>V/0458/2012</u>
I | 7. | Einrichtung neuer Gruppen in Offenen Ganztagschulen |
| <u>V/0488/2012</u>
OB | 8. | Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Münster |
| <u>V/0329/2012</u>
I | 9. | Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und schwerbehinderten Menschen Gleichgestellten bei der Stadt Münster |
| | 10. | Verschiedenes |

Frau Wendland begrüßte die Anwesenden und fragte, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gäbe. Sie erklärte, dass verschiedene Fachausschüsse einige Vorlagen, die heute im APRO auf der Tagesordnung stünden, geschoben hätten. Der ASSVW habe die beiden Vorlagen zum Verkehrssicherheitsprogramm, der Kulturausschuss die Vorlage zur Übernahme des Tarifabschlusses bei den Städtischen Bühnen geschoben. Sie stellte die Frage in den Raum, ob die Vorlagen heute im APRO beraten werden sollten.

Herr Pölling erklärte, dass die SPD-Fraktion zum Verkehrssicherheitsprogramm einen Änderungsantrag einbringen wolle. Dieser Antrag sei an die Anwesenden verteilt worden. Er beantragte, die Vorlagen heute im APRO zu beraten.

Nach kurzer Diskussion einigte sich der Ausschuss darauf, alle Vorlagen zu beraten. Lediglich die Vorlage zu TOP 5 „Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut“ wurde einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt, da die Vorlage von der Verwaltung und in die nächste Beratungskette (19.09. Rat) geschoben wurde.

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Zunächst würdigte Frau Wendland die jahrelange Zusammenarbeit mit Herrn Goerke und bat den Ausschuss, zum Tod von Herrn Goerke in einer Schweigeminute des Verstorbenen zu gedenken. Der Ausschuss legte daraufhin eine Schweigeminute ein.

Herr Heuer gab folgenden Hinweis: Zum Stellenplan 2012 seien zwei 0,5-Stellen für integrative Lerngruppen an der Gesamtschule Münster-Mitte und der Sekundarschule Roxel eingerichtet, aber zugleich gesperrt worden. Die Entsperrung sollte bei Bedarf vom Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung vorgenommen werden. Die Schulverwaltung habe nunmehr mitgeteilt, dass eine Entsperrung nicht mehr erforderlich sei, da die Aufgaben zwei freie Träger übernehmen. Die Zuschüsse an die freien Träger würden aus dem Budget des Amtes für Schule und Weiterbildung finanziert.

Herr Heuer teilte weiterhin mit, dass eine Ergänzungsvorlage zu den Taxitarifen im Beratungsgang sei und dem Hauptausschuss / dem Rat am 27.06.2012 zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Zudem sei im ASSVW ein Änderungsantrag von CDU- und SPD-Fraktion eingebracht worden, der eine lineare Steigerung der Taxitarife vorschläge (statt Kurzstreckentarif).

**Punkt 2 der Tagesordnung
V/0923/2011/1****Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms**

Herr Milde ging ausführlich auf die Änderungen zur Ursprungsvorlage ein. Da es im ASSVW zu Irritationen bezüglich der Tempo-50-Regelung gekommen sei, wolle er ausdrücklich darlegen, dass es nicht darum ginge, Tempo-30-Zonen herauf zu setzen. Diese blieben bestehen. Es ginge um die Bereiche, in denen bisher mehr als 50 km/h erlaubt seien.

Herr Heuer ergänzte die Ausführungen und ging dabei insbesondere auf das ‚Spitzengespräch‘ zwischen Polizei und Stadt ein. Es sei in der Fachwelt unstrittig, dass gerade in der Stadt Münster eine Entschleunigung des motorisierten Verkehrs erforderlich sei, um die Unfallzahlen positiv zu verändern. Daher solle die innerörtliche Regelgeschwindigkeit auf 50 km/h festgesetzt werden.

Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

„Punkt 3 der Vorlage wird gestrichen“.

Er begründete den Antrag.

Herr Pölling stellte für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Der Beschlusspunkt 3 der Vorlage wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Umstellungen sicherzustellen, dass die Ampelschaltungen zeitgleich angepasst werden“.

Herr Pölling begründete den Antrag und wies darauf hin, dass der Antrag für den weiteren Beratungsverlauf heute nur eingebracht würde. Eine Abstimmung im Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung solle nicht erfolgen.

Die Fraktionen gaben weitere Stellungnahmen zu den Anträgen und der Vorlage ab. Es ergab sich eine intensive und kontroverse Diskussion. Für die CDU-Fraktion begründete Frau Wendland ausführlich, warum die CDU-Fraktion dem Antrag, den Punkt 3 zu streichen, zustimmen

werde. Sie ließ sodann über den Antrag abstimmen.

Der Antrag der FDP-Fraktion, den Punkt 3 der Vorlage zu streichen, wurde bei Stimmengleichheit (pro: 7 Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion; contra: 7 Stimmen von SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Fraktion DIE LINKE) abgelehnt.

Im Verlauf der Diskussion stellte die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

Die Ziffer 1.4.2 der Vorlage wird wie folgt ergänzt:

„In die Projektsteuerung ist – in Abstimmung mit dem GdV – ein unabhängiger Unfallanalytiker mit einzubeziehen“.

Der Antrag wurde bei Stimmengleichheit (pro: 7 Stimmen von SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Fraktion DIE LINKE; contra: 7 Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion) abgelehnt.

Auf Antrag aus dem Ausschuss wurde über die Vorlage in Einzelpunkten abgestimmt:

Ziffer 1 der Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Ziffer 2 der Vorlage wurde bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig beschlossen.

Über Ziffer 3 der Vorlage wurde nicht mehr abgestimmt.

Sodann ließ die Vorsitzende über die Vorlage gesamt abstimmen. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss mehrheitlich mit 7 Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE gegen 6 Stimmen der CDU-Fraktion, bei Enthaltung der FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Die Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms (Vorlagen 923/2011 und 924/2011) werden unter Würdigung der in der Sitzung des ASSVW am 31.05.2012 beschlossenen Anträge der SPD-Fraktion (vom 07.03.2012) und der CDU-Fraktion (30.05.2012) beschlossen:
 - 1.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass angesichts des Ziels eines ausgeglichenen Haushaltes in 2020 bei Defiziten von z.Z. 83 Mio. € in der Finanzplanung und angesichts der weiterhin hohen Unfallzahlen das Verkehrssicherheitsprogramm fortgeführt wird und die erforderlichen Mitteln aus dem Budget des Tiefbauamtes durch Umschichtungen bereit gestellt werden müssen.
 - 1.2 Der Rat der Stadt Münster nimmt bedauernd zur Kenntnis, dass trotz des am 13.05.2009 beschlossenen Masterplans „Verkehrsunfallprävention“ die Anzahl der Unfälle nicht gesenkt werden konnte, sondern auch die Anzahl der Verletzten seit 2007 nahezu konstant geblieben und die Anzahl der Schwerverletzten deutlich gestiegen ist.
 - 1.3 Der Rat der Stadt Münster bekräftigt ausdrücklich seinen Willen, Maßnahmen zur Verkehrsunfallprävention zu unterstützen und zu finanzieren, die zielgenau geeignet sind, hohe Unfallzahlen mit ihren individuell jeweils schlimmen Folgen wirksam zu reduzieren.
 - 1.4 Dazu ist das derzeitige Konzept des Masterplans „Verkehrsunfallprävention“ weiterzuentwickeln. Maßgeblich dafür ist:

- 1.4.1 Angesichts knapper Haushaltsmittel sind alle zur Verfügung stehenden Investitionen für die städtische Verkehrsinfrastruktur mehrjährig – insbesondere auch unter dem Aspekt der Erhöhung der Verkehrssicherheit - so zu priorisieren, dass die fachlich fundiert begründeten Prioritäten zügig abgearbeitet und umgesetzt werden. Die Vorlagen V/0039/2012 und V/0560/2011 werden in diese Prioritätenliste eingearbeitet. Die politische Steuerung übernimmt der Ausschuss für Stadtplanung, Wohnen und Verkehr nach Vorberatung eines interfraktionellen Arbeitskreises.
 - 1.4.2 In die Projektsteuerung ist ein unabhängiger Unfallanalytiker mit einzubeziehen.
 - 1.4.3 Die Unfallsituation Münsters ist auf Basis des Gutachtens des GdV aus dem Jahr 2008 unter Berücksichtigung des Fachberichtes der Polizei zur Verkehrsunfallentwicklung des Vorjahres jährlich fortzuschreiben; die bereits umgesetzten Maßnahmen sind auf ihre Wirksamkeit hin darzustellen.
 - 1.4.4 Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prioritätenliste von Verkehrssicherheitsmaßnahmen ergänzend zu den Maßnahmen der Unfallkommission (s. Beschlusspunkt 2.) zu überarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
 - 1.4.5 Die Umsetzung „präventiver Maßnahmen der Radwegerevision“ erfolgt als laufendes Geschäft der Verwaltung. Hierfür wird ein separates Budget veranschlagt. Die Verteilung auf die Jahre erfolgt so, dass die Radwegerevision (Prio 1) bis 2017 einschließlich abgeschlossen ist. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel werden mit der separaten Vorlage (V/0924/2011/1) dargestellt.
 - 1.4.6 Die Polizei wird aufgefordert, jeder Gruppe der Verkehrsteilnehmer - von den Pkw-Fahrern bis zu den Fahrradfahrern - eine angemessene Aufmerksamkeit bei Verkehrskontrollen zukommen zu lassen.
 - 1.4.7 Die „Unfallanalysen der Zeiträume 2004 – 2006 und 2008 – 2010 (Vorlage V/0923/2011 Anlagen 1.1 und 1.2)“ und der Bericht zur Auswertung der „Unfallentwicklung von 2004 – 2010 (Vorlage V/0923/2011 Anlage 2)“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlüsse der Unfallkommission (UK) bindend und entsprechend den finanziellen Möglichkeiten zeitnah umzusetzen sind. Die Umsetzung dieser Verkehrssicherheitsmaßnahmen erfolgt -wie landesweit allgemein anerkannt- als Geschäft der laufenden Verwaltung im Rahmen des vom Rat beschlossenen Haushalts.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die nach der StVO geltende Regelgeschwindigkeit von 50 km/h innerhalb der geschlossenen Ortschaft der Stadt Münster lückenlos einzuführen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch diese Vorlage noch keine Entscheidungen über die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsermächtigungen und letztlich über die Durchführung der genannten Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms getroffen werden. Hierüber ist vielmehr im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen unter Berücksichtigung der dann gegebenen Finanzlage der Stadt zu entscheiden; angesichts weiterer möglicher Konsolidierungsschritte kann es erforderlich werden, dass das Verkehrssicherheitsprogramm zeitlich weiter gestreckt werden muss. Der Mittelbedarf wird mit der separaten Vorlage V/0924/2011/E1 „Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms“ zur nachhaltigen Finanzierung des Verkehrssicherheitsprogramms dargestellt.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0924/2011/1**

Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms

Herr Pölling wies darauf hin, dass das Fazit in der Begründung der Vorlage auf Seite 6 wohl unverändert aus der Ursprungsvorlage übernommen worden sei. Das müsste angepasst werden. Er bat die Verwaltung, dies möglichst noch für den weiteren Beratungsverlauf vorzunehmen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann mehrheitlich mit 7 Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE gegen 6 Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass angesichts des Ziels eines ausgeglichenen Haushaltes in 2020 bei Defiziten von z. Z. 83 Mio. € in der Finanzplanung und angesichts der weiterhin hohen Unfallzahlen das Verkehrssicherheitsprogramm fortgeführt wird und die erforderlichen Mittel aus dem Budget des Tiefbauamtes durch Umschichtungen zur Verfügung gestellt werden.
2. Wie in den Vorlagen V/0923/2011 und V/0923/2011/1 dargestellt kann das vom Rat beschlossene Verkehrssicherheitsprogramm 2009 bis 2013 nicht abgeschlossen werden und soll fortgeführt werden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass dafür ein zusätzlicher Finanzbedarf (für Sachkosten) ab 2014 ff in Höhe von 2,2 Mio. € entsteht. Diese Finanzmittel sind anteilig für die Jahre 2014 und 2015 bereits im Haushaltsplan 2012 berücksichtigt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den weiteren jährlichen Finanzbedarf zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms durch Umschichtung innerhalb des Budgets für Straßenbau (Produktgruppe 1201) darzustellen.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zur Fortführung des Verkehrssicherheitsprogramms im dargestellten Umfang bis 2017 zusätzliches Personal notwendig ist. Derzeit ist das zusätzliche Personal nur bis einschließlich 2013 finanziert.
5. Die Verwaltung wird unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der jeweiligen Haushaltssituation beauftragt, diesen ab 2014 noch nicht im Haushalt berücksichtigten Personalbedarf in die Haushaltsberatungen 2013 bzw. 2014 einzubringen..

II. Finanzielle Auswirkungen:

Zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms besteht neben den bisher bereitgestellten rund 2,8 Mio. € ein zusätzlicher Finanzbedarf in Höhe von zunächst 2,2 Mio. €, der aber nicht finanzierbar ist.

Des Weiteren werden die befristet eingesetzten, zusätzlichen Personalkapazitäten (je 2 Stellen für Planung, Bauvorbereitung, -durchführung in den Ämtern 61 und 66) auch über das Jahr 2013 aus verkehrsfachlicher Sicht hinaus benötigt. Diesen weiterhin erforderlichen Personalbedarf, der mit Personalaufwendungen i.H.v. 268.600 € jährlich verbunden ist, wird die Verwaltung angesichts der angestrebten Haushaltskonsolidierung bis 2020 einsparen müssen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch diese Vorlage noch keine Entscheidungen über die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsermächtigungen und letztlich über die Durchführung der genannten Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms getroffen werden. Hierüber ist vielmehr im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen unter Berücksichtigung der

dann gegebenen Finanzlage der Stadt zu entscheiden. Angesichts weiterer möglicher Konsolidierungsschritte kann es erforderlich werden, dass das Verkehrssicherheitsprogramm zeitlich weiter gestreckt werden muss.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0434/2012**

Städtische Bühnen Münster- Übernahme des Tarifabschlusses 2012

Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion den Antrag, der Vorlage folgenden Beschlusspunkt hinzu zu fügen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 21.06.2012 Berechnungen vorzulegen, in welchem Maße man die durch die Tarifvereinbarungen gestiegenen Personalkosten des Theaterhaushalts über mögliche gestaffelte Eintrittspreiserhöhungen zumindest teilweise auffangen kann. Dazu soll in Alternativ-Modellen dargelegt werden, wie zum Beispiel eine nach Sitzplatz-Kategorie gestaffelte Preiserhöhung aussehen könnte. Auch solle rechtlich geprüft werden, ob und ggfls. wie bestehende Abonnements in die Preiserhöhung einbezogen und bereits veröffentlichte Eintrittspreise nachträglich verändert werden können.“

Frau Feldmann gab direkt eine Stellungnahme aus Sicht der Städtischen Bühnen ab. Herr Klas ergänzte die Ausführungen und begründete ausführlich, warum seine Fraktion den Antrag ablehnen werde. Auch Herr Pölling gab für seine Fraktion eine Stellungnahme ab.

Der Antrag der FDP-Fraktion wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

1. Zum Ausgleich tarifbedingter Mehraufwendungen aufgrund des Tarifabschlusses 2012 wird der Zuschuss der Spielzeit 2011/2012 um 202.000 € erhöht.
2. Zum Ausgleich tarifbedingter Mehraufwendungen aufgrund des Tarifabschlusses 2012 wird der Zuschuss der Spielzeit 2012/2013 um weitere 483.000 € erhöht.
3. Über den Ausgleich der tarifbedingten Mehraufwendungen für die Spielzeit 2013/2014 aufgrund des Tarifabschlusses 2012 wird im Rahmen der gesamtstädtischen Konsolidierungsüberlegungen im Sommer 2012 beraten und bis zum 30.09.2012 entschieden.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0405/2012**

Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut

Die Vorlage war bereits zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0418/2012**

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, anlässlich der Veranstaltung "Schauraum" am 02.09.2012

Herr Klas regte an, das Gespräch mit der Kaufmannschaft zu suchen. Es solle erreicht werden, dass eine Festlegung für einen längeren Zeitraum erfolge, um die immer wiederkehrenden Be-

ratungen und Diskussionen dazu im Ausschuss zu vermeiden. Die Verwaltung sagte zu, die Anregung aufzunehmen und damit zur Vereinfachung des Verfahrens beizutragen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1** beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0458/2012**

**Einrichtung neuer Gruppen in Offenen Ganztags-
schulen**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung fasste einstimmig folgenden Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Zum Schuljahr 2012/2013 werden für neue Gruppen in Offenen Ganztags-
schulen 4,15 Planstellen zur Besetzung mit städtischen Mitarbeiter/-innen freigegeben.
2. 0,50 Stelle bleibt gesperrt, wird jedoch bei Bedarf für den Zuschuß an einen freien Trä-
ger kapitalisiert.

Kosten/Folgekosten

Im laufenden Haushaltsjahr entstehen Personalaufwendungen i.H.v. voraussichtlich 91.720 €, in den Folgejahren belaufen sie sich auf 220.130 €. Die Mittel sind bereits in den Ansätzen im Teilergebnisplan 0602 (Zeile 11) für das Haushaltsjahr 2012 und in der mittelfristigen Ergebnis-
planung enthalten.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0488/2012**

**Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt
Münster**

Herr Klas stellte die Frage, ob der Passus zu den Kosten in der Begründung zur Vorlage korrekt sei, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass laut Vorlage das Verfahren bereits beim zur-
zeit laufenden Bürgerbegehren entsprechend angewandt wurde. Herr Heuer sagte zu, dies kurzfristig zu klären und noch vor der Hauptausschusssitzung den Fraktionsgeschäftsstellen eine Mitteilung zukommen zu lassen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die anliegende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Münster (Anlage) wird be-
schlossen.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0329/2012**

**Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter
Menschen und schwerbehinderten Menschen
Gleichgestellten bei der Stadt Münster**

Frau Köhling berichtete kurz zur Vorlage und ging dabei insbesondere auf die Beteiligungsgesellschaften ein. Die Stadt Münster selbst habe hier keine großen Einflussmöglichkeiten, das müsse über die Politik / die Aufsichtsräte direkt erfolgen. Herr Heuer ergänzte die Ausführungen und erklärte, dass der Hauptausschuss ja bereits beschlossen habe, in die Managementkontrakte mit den Beteiligungen einen entsprechenden Passus aufzunehmen, die Förderung der Menschen mit Behinderungen zu verstärken. Dies sei bereits bei 3 Gesellschaften erfolgreich umgesetzt.

Frau Welker gab hierzu eine Stellungnahme im Hinblick auf die Halle Münsterland ab. Die Ausführungen wurden von Herrn Klas ergänzt. Die Verwaltung wurde gebeten, die Beteiligungsgesellschaften zu beauftragen, künftig aufzuzeigen, welche verschiedenen Möglichkeiten zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen die Gesellschaften überhaupt haben.

Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Gez.
Simone Wendland
Vorsitz

gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung